

**Leonore Gewessler, BA**  
Bundesministerin

An den  
Präsident des Nationalrates  
Mag. Wolfgang Sobotka  
Parlament  
1017 Wien

leonore.gewessler@bmk.gv.at  
+43 1 711 62-658000  
Radetzkystraße 2, 1030 Wien  
Österreich

Geschäftszahl: 2020-0.551.452

. Oktober 2020

Sehr geehrter Herr Präsident!

Die Abgeordneten zum Nationalrat Herr, Genossinnen und Genossen haben am 28.08.2020 unter der **Nr. 3195/J** an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend Abwälzung der EU-Plastikabgabe auf SteuerzahlerInnen statt Plastikhersteller gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich wie folgt:

Zu den Fragen 1, 2 und 10:

- *Finanzminister Blümel plant, die EU-Plastikabgabe, die eigentlich einen Anreiz zur Verringerung der Plastikabfälle leisten soll, zur Gänze aus dem Bundeshaushalt zu finanzieren und nicht von den HerstellerInnen einzuheben. Entspricht dieses Vorhaben der fachlichen Linie Ihres Ministeriums?*
- *Auch wenn das Finanzministerium plant, die EU-Plastikabgabe direkt aus dem staatlichen Budget zu überweisen: Gibt es in Ihrem Ministerium Überlegungen, Studien oder Konzepte, wie die Kosten der EU-Plastikabgabe auf Plastikhersteller weitergegeben werden können?*
  - a. *Wenn ja, welche?*
- *Gab es Gespräche zwischen Ihrem Ministerium und dem Bundesministerium für Finanzen über die mögliche Weitergabe der Kosten für die EU-Plastikabgabe an Plastikhersteller?*
  - a. *Wenn ja, was war deren Ergebnis?*
  - b. *Wenn ja, erfolgte die Aussage des BMF Blümel, wonach eine solche Weitergabe nicht vorgesehen ist, mit Ihrer Zustimmung?*
  - c. *Wenn nein, hat Ihr Ministerium an das Gespräch gesucht?*
  - d. *Wenn nein, hat das Bundesministerium für Finanzen um ein Gespräch ange-sucht?*

Im 3-Punkte-Plan meines Ministeriums ist auch die Finanzierung der EU-Plastik-„Abgabe“ (die eine neue Kategorie von Eigenmitteln auf Basis des Anfalls nicht wiederverwerteten Plastikverpackungsmülls darstellen) ein Thema. Durch die vorgesehene Mehrwegquote sinkt der Anteil an Kunststoffgetränkeflaschen und damit der Plastikabfall und mit dem geplanten Einwegpfand erhöht sich die Recyclingquote. Beides würde in Zukunft dazu beitragen, die Höhe der Plastik-Eigenmittel Österreichs zu senken.

Als dritte Maßnahme sieht mein Plan vor, dass eine Herstellerabgabe für Kunststoffverpackungen geschaffen wird. Mit einer ökomodellierten Abgabe sollen zusätzliche Anreize zum recyclingfähigen Produktdesign und zum Einsatz von Sekundärrohstoffen geschaffen werden. Die Ausgestaltung einer möglichen Ökomodellierung unter Berücksichtigung der Recyclingfähigkeit, Recyclingquote und des Carbon Footprints ist nicht trivial und wird gerade erarbeitet. Diesbezüglich ist mein Ministerium auch im Austausch mit Expert\_innen der FH Campus Wien Verpackungstechnologie.

Der gesamte 3-Punkte-Plan ist Gegenstand von Gesprächen, hinsichtlich der ökomodellierten Herstellerabgabe finden Gespräche mit dem BMF statt.

#### Zu Frage 3:

- *Die Intention der EU-Plastikabgabe ist unter anderem die Verringerung der Abfallströme. Hat die EU-Plastikabgabe laut Einschätzung Ihres Ministeriums Lenkungseffekte?*
  - a. *Wenn ja, welche?*
  - b. *Wenn nein, warum nicht?*

Die EU-Plastik-Eigenmittel sollen zusätzliche Anreize in den Mitgliedsstaaten schaffen, ihre Kunststoffabfälle zu verringern und bezüglich der verbleibenden Kunststoffabfälle die Recyclingquoten zu erhöhen. Lenkungseffekte erzielen die EU-Plastik-Eigenmittel, wenn entsprechende Maßnahmen in den Mitgliedsstaaten gesetzt werden.

#### Zu den Fragen 4 und 5:

- *Könnte eine Weitergabe der EU-Plastikabgabe an die Plastikhersteller die dahinterstehende Intention zur Verringerung der Abfallströme verstärken?*
  - a. *Wenn ja, warum wird dann von der Weitergabe der Kosten an die Plastikhersteller abgesehen?*
- *Trägt die Begleichung der EU-Plastikabgabe aus dem staatlichen Budget zur Intention der Verringerung der Abfallströme bei?*
  - a. *Wenn ja, wie viele Tonnen an Plastikabfällen werden in Österreich dadurch reduziert?*
  - b. *Wenn nein, worin sehen Sie den Nutzen der EU-Plastikabgabe und deren Begleichung aus dem Budget?*

Da sich eine Weitergabe der Kosten im Sinne der Herstellerverantwortung durchaus auf eine Verringerung der Abfallströme auswirken kann, ist dies auch Teil meines 3-Punkte-Plans.

An dem Konzept der Ökomodellierung einer Herstellerabgabe für die In-Verkehr-Bringer\_innen wird in meinem Ministerium derzeit gearbeitet.

Abfallvermeidungseffekte erzielen die EU-Plastik-Eigenmittel, wenn entsprechende Maßnahmen in den Mitgliedsstaaten gesetzt werden.

#### Zu Frage 6:

- *Sind im Zuge der Einführung der EU-Plastikabgabe zusätzliche Maßnahmen geplant, die zur Verbesserung der Recyclingquote von Plastik bzw. zu einem Rückgang von Plastikmüll führen und damit auch die anfallenden Kosten für Österreich durch die EU-Plastikabgabe reduzieren?*

Mit einer vor Begutachtung stehenden Novelle des Abfallwirtschaftsgesetzes zur Umsetzung des EU-Kreislaufwirtschaftspaktes sowie der EU-Einwegkunststoffrichtlinie sind zahlreiche Maßnahmen zur Vermeidung und weitergehenden Verwertung von Kunststoffabfällen geplant.

Zu den Fragen 7 bis 9:

- *Gab bzw. gibt es Gespräche mit anderen EU-Ländern, wie die Kosten für die EU-Plastikabgabe an die Plastikhersteller weitergegeben werden könnten?*
  - a. *Wenn ja, mit welchen Ländern?*
  - b. *Wenn nein, warum nicht?*
- *Betreffend 7.a: Wenn es Gespräche gab, was war deren Inhalt?*
- *Haben Sie Informationen darüber, wie die EU-Plastikabgabe in den anderen Mitgliedsstaaten umgesetzt wird? Bitte um Darstellung.*

Nein, weil derartige Überlegungen in sämtlichen Mitgliedsstaaten erst am Beginn stehen und von zum Teil sehr unterschiedlichen Voraussetzungen ausgegangen werden muss.

Zu Frage 11:

- *Wie viele Tonnen nicht wiederverwerteten Plastikabfalls fielen in Österreich in folgenden Jahren an:*
  - a. *2015*
  - b. *2016*
  - c. *2017*
  - d. *2018*
  - e. *2019*

Kunststoff-Verpackungsabfälle:

In der nachfolgenden Tabelle werden die Mengen und Verwertungswege der Kunststoff-Verpackungsabfälle dargestellt (Anm.: Für das Jahr 2019 sind die Daten noch nicht verfügbar.).

Jahr	Menge	Recycling	Energetische Verwertung
2015	295.000 t	99.000 t	196.000 t
2016	298.000 t	100.000 t	198.000 t
2017	302.000 t	101.000 t	201.000 t
2018	302.000 t	96.000 t	206.000 t

Kunststoffabfälle insgesamt:

Im Jahr 2018 wurden insgesamt rd. 906.124 Tonnen Kunststoffabfälle in Österreich behandelt. Davon wurden 26 % (rd. 235.592 Tonnen) stofflich verwertet. Die restlichen 74 % (rd. 670.532 Tonnen) wurden einer sonstigen Behandlung (v.a. thermisch bzw. energetischen Verwertung) zugeführt.

Zu Frage 12:

- *Gibt es Schätzungen, wie hoch die Menge an nicht verwerteten Plastikabfall in Österreich in folgenden Jahren sein wird?*
  - a. *2020*

- b. 2021
- c. 2022
- d. 2023
- e. 2024
- f. 2025

Eine Abschätzung der zukünftig zu erwartenden Kunststoffabfälle in Österreich wurde im Zuge einer Studie der Umweltbundesamt GmbH im Jahr 2017 (Referenzjahr 2015) durchgeführt.

Für die Prognose wurden dabei die zu dem Zeitpunkt vorliegenden Parameter wie insbesondere das Wirtschaftswachstum, die Bevölkerungsentwicklung, die Abfalldaten aus dem Elektronischen Datenmanagement des Bundes und abfallwirtschaftliche Maßnahmen (Gesetze, Verordnungen, freiwillige Vereinbarungen etc). berücksichtigt.

Demnach wurde für das Jahr 2021 ein Kunststoffabfallaufkommen von 1.019.369 t prognostiziert. Die berechnete Steigerung gegenüber dem Referenzjahr 2015 (916.360 t) beträgt 11 %.

Zu Frage 13:

- *Laut einem Bericht der Tageszeitung „Die Presse“ vom 1. August 2020 argumentiert das BMF gegen eine Weitergabe der EU-Plastikabgabe an die heimischen HerstellerInnen mit der Behauptung, eine solche Abgabe sei administrativ schwierig umzusetzen, weil es keine genauen Zahlen zur Herkunft des nicht recycelbaren Abfalls gäbe. Gibt es in ihrem Ministerium Zahlen zur Herkunft (Inland/Ausland) und Menge des nicht recycelbaren Plastikabfalls, die für die Berechnung der Abgabe herangezogen wird? Bitte um Darstellung.*

Ich verweise auf meine Ausführungen zu den Fragen 11 und 12.

Zu Frage 14:

- *Gab es Gespräche mit VertreterInnen der Plastikhersteller mit Ihnen oder MitarbeiterInnen Ihres Ministeriums über die Plastikabgabe?*
  - a. *Wenn ja, wann haben diese stattgefunden und was war deren Inhalt?*

Anfragen von Kunststoffhersteller\_innen wurden selbstverständlich beantwortet und auf die laufenden Verhandlungen über den 3-Punkte-Plan verwiesen.

Zu Frage 15:

- *Wurde von Seiten der Plastikhersteller Ihnen gegenüber oder MitarbeiterInnen Ihres Ministeriums gegenüber der Wunsch geäußert, diese Abgabe nicht zu zahlen?*

Nein.

Zu Frage 16:

- *Wenn die Plastikabgabe aus dem allgemeinen Steuerhaushalt gezahlt wird, würde es sich um eine Erhöhung des österreichischen Beitrags zum EU-Budget aus dem allgemeinen Haushalt handeln. Warum haben Sie dem zugestimmt?*

Die Einführung der Plastik-Eigenmittel wird laut Informationen des Bundesministeriums für Finanzen den österreichischen EU-Beitrag reduzieren, weil sie zu einer Verringerung der von der Wirtschaftsleistung abhängigen Eigenmittel (BNE-Eigenmittel) führt.

Zu Frage 17:

*Wurde an Sie über die WKO der Wunsch herangetragen bei der Konstruktion der Abgabe die Plastikhersteller nicht zu belasten?*

Nein.

Leonore Gewessler, BA

